

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**26. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018**

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.10.2016	
Sitzungsbeginn:	16:06 Uhr	
Sitzungsende:	18:36 Uhr	
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Andreas Sankewitz- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Ingo Schaffenberg- SPD		
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN		
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links (GAL)		
Heidemarie Menorca- CDU		
Peter Petereit- SPD		
Thomas Thalau- CDU		bis 18.10 Uhr
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Yavuz Berrakkarasu- BfL		
Nil Gersdorf- CDU		
Jean Paul Köpsell- SPD		
Natalie Regier- BfL		
Joachim Schlitzke- FDP		
Ulrike Siebdrat- SPD		
Sieglinde Thors- CDU		Vertretung für: Herrn Henning Stabe
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE		
Verwaltung		
Aenne Beuck-		
Monika Borso-		
Dr. Michael Hamschmidt-		
Manuel Hertz- FBC FB 2		
Ulrich Kewitz- 2.500 - Soziale Sicherung		
Ralf Kuschmierz- FBC FB 2		

Sigrid Roggensack-	
Elke Sasse-	
Matthias Schröder- 2.502 - SIE	
Claudia Schwartz-	
Protokollführung	
Britta Bormann-	
Gäste	
Susanne Bogenhardt-	nur ÖT
Samiah El Samadoni- Bürgerbeauftragte f. soz. Angelegenheiten	bis einschließlich TOP 6.1
Beate Herrmann- 2.502 - Personalrat SIE	nur ÖT
Peter Jugert- Seniorenbeirat	nur ÖT
Sabine Klawitter- Personalrat SIE	nur ÖT
Helga Lietzke-	nur ÖT
Catharina Strutz-Hauch-	bis 17.35 Uhr
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT
Michael Treiber- AWO	zu TOP 6.2
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Henning Stabe- CDU	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.09.2016
5.	Mitteilung des Vorsitzenden
6.	Berichte
6.1.	Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein -mündlicher Bericht Frau El Samadoni-
6.2.	MiMi-Projekte des AWO-Landesverbandes Schleswig-Holstein -mündlicher Bericht Herr Treiber-
7.	Beschlussvorlagen
7.1.	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß § 19 a GkZ zwischen der Hansestadt Lübeck und der KOSOZ AöR zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft Vorlage: VO/2016/04049
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8.1.	Frauenspezifische Unterbringungsstandards in Erstaufnahmeeinrichtungen und anderen Unterkünften für weibliche Flüchtlinge Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016 Vorlage: VO/2016/03978
8.2.	Eigenständige und sichere Unterbringung von alleinreisenden geflüchteten Frauen Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016 Vorlage: VO/2016/03979
8.3.	Gleichstellung weiblicher Flüchtlinge Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016 Vorlage: VO/2016/03980
8.4.	SeniorInnen Einrichtungen der HL - Neubau oder Anmietung zwecks Qualitätssicherung und Arbeitsplatzert Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016

	Vorlage: VO/2016/03990
8.5.	SeniorInnen Einrichtung "Am Behnckenhof 60" Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016 Vorlage: VO/2016/03991
8.6.	Ausbildung in den SeniorInneneinrichtungen der Hansestadt Lübeck Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016 Vorlage: VO/2016/03992
8.7.	Supervision für Pflegekräfte der Alten- und Pflegeeinrichtungen Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016 Vorlage: VO/2016/03993
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 04.10.2016 Vorlage: VO/2016/04188
9.2.	Aktuelle Situation Asyl
9.3.	Armut- und Sozialbericht
10.	Anfragen/Antworten
11.	Anträge
12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
-------------	--

Der Vorsitzende eröffnet die 26. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 – 2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Herrn Jugert vom Seniorenbeirat (Frau Oswald lässt sich entschuldigen), einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Zum TOP 6.1 heißt der Vorsitzende Frau El Samadoni, Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, willkommen.

Zum TOP 6.2 wird Herr Treiber von der AWO anwesend sein.

Zu den Tagesordnungspunkten 8.1-8.7 – Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft / Anträge aus der Frauenbürgerschaft – begrüßt der Vorsitzende Frau Strutz-Hauch vom Frauennotruf sowie Frau Lietzke und Frau Bogenhardt (Lübecker Frauen- und Sozialverbände).

Herr Stabe fehlt entschuldigt und wird durch Frau Thors vertreten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 2	Feststellung der Beschlussfähigkeit
-------------	--

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3	Feststellung der Tagesordnung
-------------	--------------------------------------

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ werden heute weiterhin zu folgenden Themen Mitteilungen gegeben:

9.2 Aktuelle Situation Asyl

9.3 Armuts- und Sozialbericht

Die Verwaltung beantragt, die Vorlage zur Ausschreibung eines Gutachterauftrags für das Gesundheitsamt nebst Anlagen dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung zuzuordnen und unter TOP 15.1 und 15.1.1 zu beraten. Die Vorlage enthält eine Begründung für den Ausschluss der

Öffentlichkeit.

Der Ausschuss beschließt einstimmig eine Beratung der Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil und ist mit einer Teilnahme von Frau Beuck einverstanden.

Der Zuordnung der TOPe 13 und 14 sowie 16 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

zu 4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.09.2016
-------------	---

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände erhoben.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

zu 5	Mitteilung des Vorsitzenden
-------------	------------------------------------

Es liegt nichts vor.

zu 6	Berichte
-------------	-----------------

zu 6.1	Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein -mündlicher Bericht Frau El Samadoni-
---------------	---

Frau El Samadoni führt im Wesentlichen folgendes aus:

Seit dem 1. Januar 2016 ist die Bürgerbeauftragte auch Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche, die stationär untergebracht sind - also in Heimen oder Wohngruppen. Sie ermöglicht eine kostenlose, unabhängige Beratung, Unterstützung und Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche wie auch deren Eltern oder andere Personensorgeberechtigte. Frau El Samadoni verweist auf einen entsprechenden Flyer.

Wünschenswert wäre aus ihrer Sicht, dass das hiesige Jugendamt (wie bereits einige andere Jugendämter in Schleswig-Holstein) einen Hinweis auf dieses Beratungs- und Unterstützungsangebot in seine Bescheide aufnimmt.

Seit dem 01.10.2016 ist die Bürgerbeauftragte auch Beauftragte für die Landespolizei und damit Ansprechpartnerin für Bürgerinnen und Bürger, die sich über Probleme mit der Polizei des Landes Schleswig-Holstein beschweren möchten. Ebenso können sich auch alle schleswig-holsteinischen Polizeibeschäftigte mit Eingaben direkt und ohne Einhaltung des Dienstweges an sie wenden, wenn im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit Probleme auftreten.

Neben den landesbezogenen Auskünften aus ihrem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015 (Rückgang der Eingabezahlen im SGB II-Bereich, steigende Anfragezahlen zu den Themen Krankenversicherung, Schwerbehindertenrecht und Sozialhilfe, Einsatz eines Kfz als Vermögen in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, „Schulbegleitung“ und „Kita-Gebühren“ als dominierende Themen) führt Frau El Samadoni für den Bereich der Hansestadt Lübeck folgendes aus:

- Es sind weniger Eingaben als im letzten Berichtsjahr zu verzeichnen, auch im Bereich der Kosten der Unterkunft.
- Das Thema „Schulbegleitung“ ist in Lübeck nicht problematisch. Frau El Samadoni berichtet von einem Einzelfall, in dem zusätzlich zu der aus dem Integrationspool gewährten Hilfe Leistungen beantragt wurden und das betroffene Kind aus dem sog. „Pufferbudget“ bedarfsdeckend versorgt werden konnte.
- Bei der Berechnung des Kita-Entgelts kritisiert Frau El Samadoni die Berücksichtigung des Einkommens über der maßgeblichen Grenze i.H.v. 80 % (Reduzierung auf 50 %?).
- Es wird weiterhin von einem Einzelfall berichtet, in dem die Arbeitsagentur einen Antrag auf Bewilligung einer Reha-Maßnahme nach § 14 SGB IX an die Hansestadt Lübeck weitergeleitet hat; diese musste die beantragte Hilfe dann vorläufig gewähren. Einen weiteren Antrag des Hilfesuchenden lehnte die Arbeitsagentur ab (keine Weiterleitung). Die Hansestadt Lübeck weigert sich nun, auch diese Hilfe vorläufig zu gewähren, und verweist den Antragsteller auf seine Möglichkeit, den Bescheid der Arbeitsagentur anzufechten. Im Sinne der Bürgerfreundlichkeit sei es hier Aufgabe der Führungskräfte, in Kontakt zu treten und eine Regelung zu finden.
- Frau El Samadoni appelliert an die Anwesenden, dass es durch die Ablehnung der Tourismusabgabe in der letzten Bürgerschaftssitzung keine Einsparungen im sozialen Bereich geben darf.

Es sprechen außerdem Frau Akyurt und Herr Peterreit.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zu Kenntnis.

zu 6.2 MiMi-Projekte des AWO-Landesverbandes Schleswig-Holstein -mündlicher Bericht Herr Treiber-

Herr Treiber und Herr Dr. Hamschmidt berichten über die beabsichtigte Abgabe der Koordination und Organisation des MiMi-Projekts an die AWO ab 2017 und beantworten Fragen von Frau Akyurt und Frau Menorca.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß § 19 a GkZ zwischen der Hansestadt Lübeck und der KOSOZ AöR zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft

Die Bürgerschaft hat diese Vorlage in ihrer Sitzung am 29.09.2016 unverändert beschlossen.
Es sprechen Frau Menorca und der Vorsitzende.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 8.1 Frauenspezifische Unterbringungsstandards in Erstaufnahmeeinrichtungen und anderen Unterkünften für weibliche Flüchtlinge
Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016
Vorlage: VO/2016/03978**

Die Anträge aus der Frauenbürgerschaft (TOP 8.1–8.7) sind dem Ausschuss zur *abschließenden* Beratung überwiesen worden.

In der Ausschusssitzung am 06.09.2016 erfolgte eine Vertagung dieser Anträge.

Der Vorsitzende verweist auf die mit Frau Lietzke, Frau Bogenhardt und Frau Strutz-Hauch im Vorwege der heutigen Sitzung geführten Telefonate und dankt ihnen für ihr Kommen.

Es erfolgt eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 8.1 – 8.3.

Frau Schwartz führt zu diesen Anträgen folgendes aus:

-In der Einrichtung Braunstraße erfolgt eine Unterbringung alleinstehender Frauen und Frauen mit Kindern; die Einrichtung im Andersenring steht für die Unterbringung alleinstehender Frauen, Frauen mit Kindern und auch für Familien zur Verfügung. Frau Schwartz weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Anteil alleinreisender Frauen (mit Kindern und ohne Kinder) 2 % beträgt.

-Die Betreuung in der Braunstraße erfolgt durch eine weibliche Person; im Andersenring sind eine weibliche und eine männliche Betreuungskraft vor Ort. Dolmetschertätigkeiten für die Bewohnerinnen werden möglichst von einer Frau wahrgenommen.

-Grundsätzlich werden alle Geflüchteten über ihre Rechte (und Pflichten) informiert und im Bedarfsfall an Stellen weiterverwiesen, an die sie sich wenden können.

-Die Integrationskurse des BAMF wurden gemäß Integrationsgesetz hinsichtlich der Wertevermittlung erweitert. Als Teilnehmer kommen aber nur die Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive in Betracht.

Frau Schwartz berichtet in diesem Zusammenhang, dass sich das Gewaltschutzkonzept der Gemeindediakonie zur Zeit noch in der Abstimmung befindet. Auch der neue Betreiber wird ein Gewaltschutzkonzept mit dem Bereich abstimmen müssen.

Frau Strutz-Hauch wünscht sich eine bessere Vernetzung zwischen den Betreibern der Gemeinschaftsunterkünfte und dem KIK-Arbeitskreis. Frau Schwartz erklärt dazu, diese Thematik werde Bestandteil des Konzepts sein.

Es wurde vereinbart, dass der Bereich Soziale Sicherung ein Gespräch zusammen mit der Gemeindediakonie und dem KIK-Arbeitskreis initiieren wird.

Es sprechen außerdem Frau Bogenhardt und Frau Zunft.

Auf Vorschlag von Herrn Petereit nimmt der Ausschuss die Anträge TOP 8.1 – 8.3 zur Kenntnis.

Das Thema „Vorstellung des Gewaltschutzkonzepts“ wird auf die Tagesordnung für die nächste Ausschusssitzung am 01.11.2016 genommen.

**zu 8.2 Eigenständige und sichere Unterbringung von alleinreisenden geflüchteten Frauen
Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016
Vorlage: VO/2016/03979**

Auf die Protokollierung zu TOP 8.1 wird verwiesen.

Der Ausschuss nimmt den Antrag zur Kenntnis.

**zu 8.3 Gleichstellung weiblicher Flüchtlinge
Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016
Vorlage: VO/2016/03980**

Siehe TOP 8.1

Der Ausschuss nimmt den Antrag zur Kenntnis.

**zu 8.4 SeniorInnen Einrichtungen der HL - Neubau oder Anmietung zwecks Qualitätssicherung und Arbeitsplatzergänzung
Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016
Vorlage: VO/2016/03990**

Frau Lietzke begründet ihren Antrag; Frau Sasse führt dazu ergänzend aus.

Frau Roggensack erklärt, dass im Zuge des Sanierungsprozesses auch geprüft werde, Bestandsgebäude durch einen Neubau zu ersetzen, der dann angemietet würde. Um belastbare Zahlen zu erlangen, werden derzeit Kostenkalkulationen von möglichen Investoren eingeholt. Dies geschieht unabhängig vom Standort Schönböckener Straße. Es ist nicht beabsichtigt, selbst einen Neubau zu errichten.

Im Folgenden wird kontrovers diskutiert.

Frau Akyurt bringt ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass überhaupt eine „Neubaulö-

sung“ geprüft werde, und verweist inhaltlich auf die Vorlage der Verwaltung zum Sanierungsprozess in den SIE.

Herr Petereit ist der Auffassung, der Ausschuss könne einen Antrag dieses Inhalts nicht beschließen.

Es sprechen außerdem Frau Regier, Frau Menorca, Herr Schlitzke, Herr Schaffenberg, Herr Klinkel sowie Herr Kuschnierz.

Der Ausschuss beschließt mit 1 Ja-Stimme und 14 Nein-Stimmen, den Antrag abzulehnen.

zu 8.5	SeniorInnen Einrichtung "Am Behnckenhof 60" Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016 Vorlage: VO/2016/03991
---------------	---

Frau Roggensack verweist auf die bereits bestehende, Jahre währende Kooperation mit dem DRK-Krankenhaus sowie auf die erfolgten Ausbaumaßnahmen im gerontopsychiatrischen Bereich der SIE Am Behnckenhof.

Aufgrund der dortigen Auslastung im Bereich zwischen 70 % und 75 % ist ein weiterer Ausbau nicht erforderlich.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Frau Lietzke, dass sie ihren Antrag zurückzieht.

zu 8.6	Ausbildung in den SeniorInneneinrichtungen der Hansestadt Lübeck Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016 Vorlage: VO/2016/03992
---------------	--

Frau Lietzke begründet ihren Antrag.

Frau Roggensack bestätigt, dass auch weiterhin eine gute und bedarfsgerechte Ausbildung in den SIE gewährleistet wird.

Frau Lietzke erklärt ihren Antrag für erledigt.

zu 8.7	Supervision für Pflegekräfte der Alten- und Pflegeeinrichtungen Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 30.06.2016 Vorlage: VO/2016/03993
---------------	---

Frau Roggensack führt aus, dass Supervisionen für die MitarbeiterInnen der SIE angeboten werden; allerdings werden diese nur für den gerontopsychiatrischen Bereich beantragt und auch durchgeführt.

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

zu 9 **Mitteilungen aus dem Fachbereich 2**

zu 9.1 **Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 04.10.2016 Vorlage: VO/2016/04188**

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2 **Aktuelle Situation Asyl**

Frau Schwartz teilt mit, dass der Hansestadt Lübeck im September d.J. 41 Flüchtlinge zugewiesen wurden; bis zum 12.10.2016 wurden 28 Personen angekündigt.

Derzeit sind 130 Personen in Hotels und 2010 Personen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Die Betriebssporthalle in der Ziegelstraße wird zur Zeit geräumt; bis Ende des Jahres wird auch die Halle des Stadtverkehrs leergezogen.

In dem Ausschreibungsverfahren bezüglich der Betreiberschaft kommunaler Gemeinschaftsunterkünfte und der Betreuung für Asylsuchende haben die Johanniter Unfallhilfe und das DRK als Bietergemeinschaft (Johanniter="Bieterkopf") den Zuschlag erhalten. Es wird nun ein Rahmenvertrag für (zunächst) 2 Jahre geschlossen (mit einer Verlängerungsoption von 2x2 Jahren).

Fragen von Herrn Schaffenberg, Frau Zunft und Frau Menorca beantwortet Frau Schwartz.

Abschließend verweist Frau Schwartz auf die ab 06.08.2016 geltende Regelung im Integrationsgesetz, dass ein Flüchtling, der hier seinen Wohnsitz nehmen möchte, aber einem anderen Bundesland zugewiesen ist, dorthin zurückverwiesen wird.

Herr Thalau verlässt die Sitzung um 18.10 Uhr.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.3 **Armuts- und Sozialbericht**

Frau Schwartz verweist auf den in der Sitzung des Ausschusses am 03.03.2015 mehrheitlich beschlossenen Auftrag an die Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. aufgrund des Armuts- und Sozialberichtes 2012

- a.) kommunale Handlungsempfehlungen zur kurz-, mittel- und langfristigen Senkung bzw. Vermeidung von Armut zu entwickeln,
 - b.) Wirkungen der einzelnen Maßnahmen aufzuzeigen,
 - c.) jeweils Kosten darzulegen und
 - d.) entsprechende Deckungsvorschläge zu machen.
2. Der Bericht mit den in Punkt 1 aufgeführten Inhalten ist der Sitzung des Sozialausschusses im September 2015 vorzulegen.

Frau Schwartz bittet die sozialpolitischen Sprecher der Fraktionen an einen Runden Tisch, um ihnen eine vom Bereich Soziale Sicherung erstellte Übersicht mit bereits bestehenden Maßnahmen gegen Armut vorzustellen und die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Der Vorschlag wird von allen Ausschussmitgliedern begrüßt; Frau Sasse regt an, Vertreter der Armutskonferenz in die Beratungen einzubeziehen.

Frau Schwartz kündigt abschließend einen Zwischenbericht auf der Grundlage der Zahlen zum Stand 31.12.2015 an.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Anfragen/Antworten

Es liegt nichts vor.

zu 11 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 12 Verschiedenes

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, den 01.11.2016, um 16.00 Uhr im VZM statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Ausschusssitzung genehmigt sowie eine Vorlage beraten wurden.

Lübeck, den 2. November 2016

Vorsitzende/r

Britta Bormann
Protokollführung